

Jerzy Holzer

Gewerkschaftliches Führungspersonal der polnischen Gewerkschaften – Historische Entwicklung und gegenwärtige Probleme

Man braucht Mut, an dieses Thema heranzugehen, denn es gibt ja darüber keine monographischen Untersuchungen, weder über die Vergangenheit noch über die Gegenwart. Insofern kann man sich allein auf Untersuchungen stützen, in denen diese Problematik nur am Rande und dazu noch recht fragmentarisch behandelt wird.¹ Was die Gegenwart anbelangt, müssen wir gar nach verstreuten Quellen greifen, um aus diesen Bruchstücken und aus den Kenntnissen des Verfassers, die er außerhalb dieser Quellen gewonnen hat, ein mehr oder minder überzeugendes Ganzes zusammenzuflicken.

Vor 1918 war die Gewerkschaftsbewegung auf polnischem Boden wenig entwickelt. Es kam hinzu, daß sie in jedem der drei Teile Polens, die zu Österreich-Ungarn, zum Deutschen Reich und zu Rußland gehörten, einen anderen Reifegrad hatte. Daher kam auch das Führungspersonal der Gewerkschaften in den einzelnen Teilungszonen verschiedenartig zustande und erfüllte auch unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen.

Am besten war die polnische Gewerkschaftsbewegung in Österreich-Polen entwickelt. Sie war entsprechend den in Österreich allgemeingültigen Organisationsprinzipien entstanden: Aus dem gewerkschaftlichen und dem politischen Bereich – und eventuell auch aus dem Bildungsbereich – hatte sich eine Partei gebildet. Insofern änderten die zuvor bestehenden wenigen Berufsorganisationen bereits in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts ihren Charakter. An die Spitze traten örtliche sozialdemokratische Funktionäre, Arbeiter zumeist; ebenso entstanden aus Antrieb sozialdemokratischer Aktiver neue Gewerkschaften.

Eine Wissenschaftlerin, die sich mit dieser Problematik beschäftigt, schreibt: "Die ersten Berufssekretäre (es handelt sich hier um das Führungspersonal auf der Ebene eines Stadtviertels) ... waren hochqualifizierte Facharbeiter, mit einer für den Aufstieg von Gesellen typischen Laufbahn". Ferner schreibt sie: "Die Aufgaben eines Landessekretärs für Arbeit konnten Anfang des 20. Jahrhunderts nicht mehr ehrenamtlich ausgeübt werden, sondern wurden zu einer zeitraubenden bezahlten Beschäftigung. Die sozial aktiven Facharbeiter, die die einzelnen Organisationsstufen der jungen Arbeiterbewegung in der Heimatstadt und im Heimatbezirk erklimmen, wurden von Politikern abgelöst, die ein Kenntnis der Rechtsnormen und der Funktionsregeln der öffentlichen Einrichtungen besaßen."

Die polnischen Arbeiter im Deutschen Reich hatten ebenfalls die Möglichkeit, sich legal in den Gewerkschaften zu betätigen. Sofern aber die nichtsozialistischen Gewerkschaften in Österreich-Ungarn eine Randerscheinung bildeten, waren sie bei der polnischen Bevölkerung auf Reichsgebiet dominierend.

Unter den polnischen Arbeitern des Ruhrgebiets gewann der Polnische Berufsverein, Zjednoczenie Zawodowe Polskie, die größte Bedeutung. Der solidaristisch-katholische Charakter des Vereins fand seinen Ausdruck in der Führungsspitze, setzte sich doch der Hauptvorstand außer aus zwei Bergleuten auch aus zwei Kaufleuten und einem Handwerker zusammen. Im Grunde aber funktionierte der Journalist Brejski als Triebfeder des Vereins. Später, bereits während des Ersten Weltkrieges, sollte der Verein die Entstehung einer politischen Partei inspirieren. Auf diese Art und Weise wurde der Lauf der Dinge quasi umgekehrt. Keine politische Aktivität bahnte den Weg zu leitenden Posten in den Gewerkschaften, sondern im Gegenteil: die Führungsposten in den Gewerkschaften ebneten den Weg zur politischen Laufbahn.

In Oberschlesien und im Posener Raum nahm die gewerkschaftliche Entwicklung anfänglich einen eigenen Lauf, obschon auch sie eine solidaristisch-katholische Prägung hatte. Obwohl sich an der Spitze der polnischen Gewerkschaften organisationsmäßig Arbeiter befanden, waren polnische Funktionäre, besonders solche, die mit den polnischen Zeitschriften *Katolik* in Schlesien und *Oredownik* in Posen in Verbindung standen, "die inoffiziellen Protektoren, die in der Arbeiterversammlung Ansprachen hielten".

Am schwächsten war die polnische Gewerkschaftsbewegung in Russisch-Polen entwickelt, wo keine Möglichkeiten von legalen Arbeiterorganisationen bestanden. Bis 1905 stellten die kleinen Gewerkschaftsorganisationen in der Regel nur Ausläufer der Parteiorganisationen dar. Ihre Führungskräfte waren also Parteifunktionäre, die ganz bestimmte Aufgaben erfüllten, wobei sie meist der Arbeiterschaft angehörten. Die tatsächlichen Inspiratoren der Gewerkschaftsarbeit blieben Parteiaktive aus der Parteizentrale oder solche, die vor Ort tätig waren. Sie formulierten die Richtlinien und kontrollierten die Aktivität.

Im Oktober 1905 wurde das Oktobermanifest proklamiert, das die Gründung von Gewerkschaften und Vereinen erlaubte. Die damals entstehenden Gewerkschaften hatten aber weiterhin einen parteigebundenen Charakter. Diesem Charakter entsprach auch die Zusammensetzung des gewerkschaftlichen Führungspersonals, das von der Parteileitung aus den Reihen erfahrener Funktionäre berufen wurde. Nur wenige von ihnen waren aber Arbeiter. Ähnlich verhielt es sich damit in den nichtsozialistischen, den sogenannten nationalen oder katholischen Gewerkschaften. Erst allmählich, als Massengewerkschaften ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, begannen diese, ihr Führungspersonal "aus der Basis" zu gewinnen. Es handelte sich dabei vornehmlich um Arbeiter. Diese Kader ergänzten die bislang politischen Leitungsgremien.

Nach der Niederlage der Revolution erneuerte sich die Gewerkschaftsbewegung erst nach der Besetzung von Russisch-Polen durch deutsche und österreichi-

sche Truppen. Damit waren die Möglichkeiten einer legalen Tätigkeit hergestellt. Man blieb aber beim Parteiprinzip und damit auch bei der Vorrangstellung der von den Parteien delegierten Führungskräfte. Bereits die Namensliste der Mitglieder der Leitungsgremien der damaligen Gewerkschaften zeugten davon, daß es sich in der Regel um bekannte Politiker aus den Parteizentralen bzw. den lokalen Parteiorganisationen handelte.

Im unabhängigen Polen der Jahre 1918 – 1939 hatte die Gewerkschaftsbewegung viele Schattierungen, die vor allem politisch bedingt waren. Die Zahl der einzelnen Richtungen änderte sich mit der Zeit, doch ein verhältnismäßig konstantes Potential, trotz gewisser Schwankungen, hatten die Klassengewerkschaften, – mit Beteiligung von Sozialisten und Kommunisten – die nationalen, die christlichen und anschließend, seit Ende der zwanziger Jahre, auch die regierungstreuen Gewerkschaften, die später zum großen Teil syndikalistische Standpunkte vertraten.

Für die Klassengewerkschaften war die Dominanz von Parteifunktionären bezeichnend. Zu einer Verbindung von Partei- und Gewerkschaftsämtern kam es auch in der Provinz. Dieses bedeutet aber keineswegs, daß eindeutig von einem Einbahnverkehr die Rede sein kann, bei dem die Gewerkschaften von den Parteifunktionären instrumental behandelt worden wären. Je nachdem, ob die einzelnen Partei- und gleichzeitig auch Gewerkschaftsführer eine stärkere Position gewannen, boten die Gewerkschaften eine Art "Hausmacht" und Stellung innerhalb der Partei. Mindestens ein Teil der Parteifunktionäre, sogar solcher, die von der Partei in die Gewerkschaften geschickt worden waren, entwickelte sich in einem gewissen Maße zu Vertretern einer gewerkschaftlichen Lobby.

Eine viel schlechtere Stellung hatten, außer in der Anfangszeit, die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre. Für viele von ihnen handelte es sich um eine befristete Parteiaufgabe. Dieses betraf vor allem die Parteifunktionäre. Von größerem Bestand war die Verbindung bestimmter kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre, doch traf es sich selten, daß sie in der Partei und in der Gewerkschaft höhere Ämter bekleideten. Angesichts einer extremen Zentralisierung der kommunistischen Partei wurde die Tätigkeit in der Gewerkschaft allein als eine Transmission der Politik nach unten hin, zu den Massen, betrachtet. Den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären fiel indessen die Aufgabe zu, die Empfehlungen der Parteileitung auszuführen.

Anders verhielt es sich mit der christlichen und nationalen Gewerkschaftsbewegung. Den wichtigsten Unterschied bildete die Tatsache, daß diese zwei Richtungen der Gewerkschaftsbewegung zwar mit bestimmten Parteien – die katholische mit der Christdemokratie, die nationale mit der Nationalen Arbeiterpartei – in Verbindung standen, sie aber im gewerkschaftlichen Bereich eine viel größere Rolle spielten als die einschlägigen Parteien. Wenn also die Initiative der Gewerkschaftsgründung in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg häufig von politischen Funktionären ausging, wurden diese später vor allem zu Gewerkschaftsfunktionären. Die Stellung in der Gewerkschaft war für

das Ansehen in der Partei ausschlaggebend und nicht umgekehrt. Eine andere Sache ist die, daß im Falle von Gewerkschaftsfunktionären größeren Formats es sich selten um einen mühsamen Aufstieg von Arbeitern von der Basis her handelte, um über die mittlere Organisationsebene zur Gewerkschaftsspitze zu gelangen. Solches kam zwar vor, doch es überwogen Laufbahnen von Funktionären, die entweder gebildet oder mindestens aufgrund der zuvor bekleideten gesellschaftlichen Funktionen versiert waren, so z.B. Journalisten, Juristen.

Die Verselbständigung des Führungspersonals der christlichen und nationalen Gewerkschaften trat seit Ende der zwanziger Jahre noch stärker in den Vordergrund. Die Christliche Demokratie und die Nationale Arbeiterpartei waren oppositionell zur Pilsudski-Diktatur eingestellt. Indessen versuchten die christlichen und nationalen Gewerkschaften eine mehr oder minder neutrale Haltung einzunehmen, was auch den Stimmungen unter der Mitgliedschaft entsprach.

Eine gesonderte Stellung nahmen Ende der zwanziger Jahre die regierungstreuen Gewerkschaften ein. Sie selbst als auch ihre Führung rekrutierten sich aus mehreren Milieus. Zu den wichtigsten Bestandteilen gehörten Splittergruppen von politischen Parteien, die unter den Arbeitern tätig waren, als auch Führungskräfte von mehreren Angestelltengewerkschaften. Im ersten Falle handelte es sich übrigens um politische Funktionäre, die bis dahin keine Gewerkschaftsarbeit geleistet hatten. Jedenfalls war es in der Regel eine Laufbahn, die mit politischer Aktivität begann und in der Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsführung gipfelte. Meistens waren es gebildete Menschen, häufig Akademiker, die auch ideologischen Ehrgeiz aufwiesen. In diesem Kreis entstanden die syndikalistischen Konzeptionen.

Der Zweite Weltkrieg unterbrach die Tätigkeit aller Gewerkschaften, doch nachdem die deutschen Truppen vom polnischen Boden zurückgeschlagen worden waren, nahmen die Gewerkschaften ihre Tätigkeit wieder auf. Jetzt wurden allein die "Klassengewerkschaften" zugelassen. Versuche, christliche Gewerkschaften zu reaktivieren, wurden auf dem Verwaltungswege verhindert. Einige wenige Funktionäre, die aus christlichen und nationalen Gewerkschaften kamen und gewillt waren, mit den Sozialisten und Kommunisten zusammenzuarbeiten, wurden jedoch zu diesen einzig offiziellen Gewerkschaften zugelassen.

Die Gewerkschaften wurden jedoch vor allem bestimmt durch die Konzeption einer Einflußparität der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei sowie der rekonstruierten und von Anhängern der "Einheitsfront" geleiteten Polnischen Sozialistischen Partei. Die Einführung dieses Paritätsprinzips bedeutete auch, daß die beiden Parteispitzen die personelle Besetzung der Leitung der Gewerkschaftszentrale und der Vorstände der einzelnen Gewerkschaften miteinander vereinbarten. Obwohl rein formell Wahlen veranstaltet wurden, hatten die Delegierten bei der Wahl der Zentral- und gar der lokalen Behörden eigentlich die Aufgabe, für eine von den Parteipolitikern vorbereitete Liste zu stimmen.

In den leitenden Gremien der Gewerkschaften überwogen bekannte Funktionäre der beiden Parteien. Bezeichnend wäre in diesem Sinne der Generalsekretär und spätere Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale bis 1948, Kazimierz Witaszewski. Er war seit 1928 kommunistischer Funktionär, Leiter der Abteilung für Arbeit im ZK der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), Mitglied des ZK, Parlamentsabgeordneter und eine Zeitlang auch Staatspräsident von Lodz, der zweitgrößten Stadt in Polen. Unter den Sozialisten gab es mehr Gewerkschaftsführer, die sich bereits vor 1939 auf diesem Gebiet betätigt hatten, doch gehörten sie in der Regel jener kleinen Gruppe von Funktionären an, die die Parteiämter mit gewerkschaftlichen Ämtern verbanden. Als Beispiel mag hier Adam Kurylowicz dienen, der seit 1928 Mitglied der engeren Parteiführung und seit 1921 zugleich Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft war. Nach dem Krieg war er nicht nur gleichzeitig Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft, Mitglied der engeren Leitung der Polnischen Sozialistischen Partei und Abgeordneter, sondern eine Zeitlang auch Minister für Arbeit und Fürsorge. Das Prinzip, Parteifunktionäre in die Gewerkschaften zu schicken, galt allgemein für die mittlere Ebene und häufig auch für die untere.

Seit Dezember 1948, als die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei gegründet worden war, die nach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus funktionierte und der die Gewerkschaften unterstanden, kam die Auswahl des Führungspersonals von ganz oben bis nach ganz unten an der Basis in den Zuständigkeitsbereich der Parteiinstanzen. Es handelte sich dabei um eine extrem ausgeprägte Nomenklatur, deren Durchsetzung Aufgabe der Parteiinstanzen auf verschiedener Ebene war, gemäß der Ebene, auf der sich die fraglichen Gewerkschaftsinstanzen befanden.

Angesichts dessen konnte allein von einer gewissen gewerkschaftlichen Spezialisierung der Parteifunktionäre und nicht von eigenständigen Gewerkschaftskadern die Rede sein. Als charakteristische Beispiele mögen hier die Vorsitzenden der Gewerkschaftszentrale dienen. Es waren in den Jahren 1948–1980 der Reihe nach: Edward Ochab, zuvor Parteifunktionär, anschließend Chef der politischen Verwaltung der Polnischen Armee, Sekretär des ZK, Minister, Vorsitzender des Staatsrats; Aleksander Zawadzki, vordem Chef der politischen Verwaltung der Armee, gleichzeitig Sekretär des ZK, dann Vizepremier und Vorsitzender des Staatsrats; Wiktor Klosiewicz, vorher hoher Parteifunktionär, dann Vizeminister; Ignacy Loga-Sowinski, ehemals hoher Parteifunktionär, anschließend Botschafter; Wladyslaw Kruczek, einst hoher Parteifunktionär, 1980 entlassen.

Bereits im Jahre 1970 traten erste Probleme auf, die Nomenklatura derart extrem zu handhaben. Im Raum Danzig und Stettin wurden freie Gewerkschaftswahlen gefordert. Die damalige Parteiführung mit Gierek an der Spitze willigte unter dem Druck der damaligen Lage ein. Zum ersten Mal trat damals in den betrieblichen Gewerkschaftsführungen an der Ostseeküste und sogar auch in den regionalen Gewerkschaftsleitungen eine Gruppe von neuen Leuten

auf, die Anführer der Streiks waren. Es handelte sich damals um Arbeiter bzw. Vertreter des unteren Aufsichtspersonals, die meistens parteilos waren.

Das Schicksal der Vertreter dieser Gruppe war unterschiedlich. Die einen wurden mit Hilfe verschiedener Methoden ausgeschaltet und zur Auswanderung getrieben, in ein paar Fällen fielen andere unter mysteriösen Umständen Unfällen zum Opfer. Andere hinwieder erlagen der Verführung, ein leichteres Leben zu führen, und ordneten sich den Regeln des kommunistischen Systems unter. Jedenfalls bewirkte dies keine Erneuerung des Gewerkschaftspersonals, außer in den Gewerkschaftszentren an der Ostseeküste.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre begann ab 1976 eine andere Entwicklung, die nunmehr die Herausbildung des gewerkschaftlichen Führungspersonals prägen sollte. Diese Erscheinung hing mit dem Auftreten von oppositionellen Gruppierungen zusammen, die anfänglich einen intellektuellen bzw. studentischen Charakter hatten, die aber aus Arbeiterhilfe-Aktionen nach den Streiks im Juni 1976 hervorgegangen waren. Im Hinblick auf ihren politischen Ursprung waren diese Gruppen überaus differenziert. Einerseits entstammten sie Kreisen, die den sogenannten Revisionismus vertraten und insofern enttäuschte ehemalige Kommunisten waren. Auf der anderen Seite handelte es sich um Kreise, unter denen die Traditionen der früheren Opposition gegen den Kommunismus, die nicht aus der Zeit unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges stammten, lebendig waren. In diesem Fall handelte es sich um Nationalisten, Christdemokraten, Anhänger Jozef Pilsudskis, Agraristen, demokratische Sozialisten. Ein drittes wichtiges Milieu bildeten Vertreter legaler katholischer Gruppierungen, besonders aber der Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK), die zuvor bereit gewesen waren, ihren politischen Ehrgeiz zu zügeln und teilweise mit dem System zusammenzuarbeiten. Zu den Menschen der älteren und mittleren Generation kamen junge hinzu, für die die historischen Differenzen belanglos waren. Entscheidend war die oppositionelle Einstellung zum kommunistischen System.

Die erwähnten intellektuellen Kreise sollten Berater und nur in begrenztem Maße künftige Gewerkschaftsfunktionäre stellen. Doch auch auf diesem Gebiet traten, etwas später zwar, wichtige Veränderungen ein. Sie standen vor allem mit Aktivitäten in Verbindung, die in zwei Richtungen unternommen wurden. Die erste Richtung beruhte darauf, daß ab September 1977 die Zeitschrift Robotnik (Der Arbeiter) zu erscheinen begann. Zwar waren vor allem junge Intellektuelle Redaktionsmitglieder, doch bereits in der zweiten Nummer konnte man im Impressum den Namen des Bergmanns Wladyslaw Sulecki lesen. Als dieser aber nach unaufhörlichen Repressalien Anfang 1970 zur Auswanderung gezwungen worden war, gab es in der Redaktion mehrere Arbeiter aus verschiedenen Teilen Polens. Eine bescheidenere Tragweite hatte die Zeitschrift Ruch Zwiazkowy (Die Gewerkschaftsbewegung); doch mit dieser Zeitschrift arbeitete der Elektromechaniker Kazimierz Switon aus Kattowitz zusammen.

Im März 1978 wurden auf sein Drängen hin Schritte in eine andere Richtung unternommen – die Freien Gewerkschaften zu organisieren. Ihre erste Orga-

nisation entstand in Oberschlesien unter der Leitung Suleckis und Switons. Nach Switons Verhaftung und Suleckis Auswanderung erlahmten diese Aktivitäten fast völlig. Nur in einem geringfügigen Maße trugen sie zur Herausbildung der künftigen Gewerkschaftskader bei, obwohl Switon bei der Entstehung der Solidarität in Oberschlesien eine gewisse Rolle spielte.

Für die Zukunft war die Entstehung der Freien Gewerkschaften im April 1978 in Danzig von größerer Bedeutung. Anfänglich waren Angestellte – die Diplomingenieure Andrzej und Joanna Gwiazda und Blazej Wyzkowski sowie der Schreiner und Autodidakt Krzysztof Wyzkowski am aktivsten. Später kamen Werftarbeiter hinzu, die schon Streikerfahrung hatten – der Elektriker Lech Walesa und die Kranführerin Anna Walentynowicz, anschließend auch die Krankenschwester Alina Pienkowska und der Elektromonteur Bogdan Lis. Es handelte sich dabei um viele Namen aus den späteren Leitungsgremien der Solidarität in Danzig, mit dem Vorsitzenden Walesa und seinem Stellvertreter Gwiazda an der Spitze.

Die Zeitschrift Robotnik mit ihren Korrespondenten und Kolporteuren hatte jedoch eine viel größere Reichweite, die viele Zentren umfaßte. Die Redaktion des Robotnik war übrigens gegenüber der Vorstellung, Freie Gewerkschaften zu organisieren, skeptisch eingestellt und propagierte eher eine aktive Arbeit in den bestehenden legalen Gewerkschaftsstrukturen. Diesen Weg wählten in dem Warschauer Traktorenwerk Ursus die künftigen Gewerkschaftsführer der Warschauer Solidarität, die Fachtechniker Zbigniew Bujak und Zbigniew Janas. Es fällt jedoch schwer, die Wirkung der oppositionellen Aktion, besonders aber der oppositionellen Veröffentlichungen und Zeitschriften, auf die Herausbildung künftiger Führungsgremien präzise zu ermitteln. Nach dem August 1980 behaupteten viele Aktivisten der Solidarität, sie hätten die oppositionellen Pressetitel regelmäßig oder von Zeit zu Zeit erhalten und anhand derer ihre Meinungen gebildet. Dieses mag etwa übertrieben und ein Versuch sein, sich einen politischen "Stammbaum" zu verschaffen, doch entsprachen solche Behauptungen sicherlich häufig der Wahrheit.

Letztendlich aber bildete sich das Führungspersonal der Solidarität während der Streikwelle im Sommer 1980 oder auch während der damaligen Unterstützungskampagne für die Streiks aus. Die Anführer des Generalstreiks in Danzig, das der Mittelpunkt des Arbeitskampfes und der mit der Regierung geführten Verhandlungen war, gewannen im Landesvergleich den höchsten Stellenwert. Ihnen folgten die Streikanführer aus Stettin und – mit einem gewissen Abstand – solche aus dem ober-schlesischen Bergbau. In den einzelnen Regionen spielten Anführer der Ausstände bzw. Solidaritätsaktionen in Großbetrieben eine führende Rolle, so in Warschau aus Ursus und der Warschauer Hütte, in Krakau aus der Lenin-Hütte, in Posen aus den Cegielskie-Betrieben. In mehreren Großstädten gewannen Anführer der Verkehrsstreiks eine hohe Stellung, z.B. in Lodz und Breslau.

Was den sozialen und Berufsstatus dieser "Gewerkschaftsführer der ersten Stunde" anbelangt, so handelte es sich vorwiegend um hochqualifizierte Fach-

arbeiter beziehungsweise Mitglieder des mittleren und unteren Aufsichtspersonals. Mit Ausnahme der Ostseeküste, wo Persönlichkeiten mit Streikerfahrungen aus dem Jahre 1970 eine große Rolle spielten, die schon etwas älter waren – wie Walesa mit seinen 37 Jahren –, herrschten 20- bis 30jährige Männer vor. Ihre bisherige gesellschaftspolitische Aktivität war unterschiedlich, doch können eine Reihe aktueller und ehemaliger Parteimitglieder beziehungsweise Angehörige von kommunistischen Jugendorganisationen – so Lis und Walentynowicz in Danzig, Sienkiewicz in Oberschlesien und Jaworski in Warschau – genannt werden. Es gab auch solche, die schon vorher in einen Konflikt mit dem System geraten waren, wie Rulewski aus Bromberg, der für einen Fluchtversuch aus Polen einsitzen mußte und Kopaczewski aus Rzeszow, Sohn eines verfolgten Oppositionellen aus der Nachkriegszeit.

Bestimmte Probleme traten im Zusammenhang mit der Teilnahme von Parteibeziehungsweise Polizeiaagenten an der Gründung der neuen Gewerkschaften auf, die sich nicht präzise aufklären lassen. Daß solche Fälle aufgetreten sind, unterliegt keinerlei Zweifel, z.B. in Oberschlesien (Sienkiewicz). In anderen Fällen kann eine eher spätere Agententätigkeit infolge von Ehrgeiz, Korruption oder Erpressung nicht ausgeschlossen werden, z.B. Zawadain in Krakau und Naszkowski in Grünberg.

Gleichzeitig mit den neuen Führungseliten der neuen Gewerkschaften etablierten sich auch Beratergremien. Diese Einteilung ist übrigens unpräzise, denn mindestens ein Teil der Berater stieg alsbald in die regionalen Gewerkschaftsführungen und dadurch manchmal auch in die Landeszentrale auf. Darunter sind z.B. Modzelewski aus Breslau, Wujec und Onyszkiewicz aus Warschau zu nennen. Unter den Beratern der Gewerkschaften, die in Zukunft an der Gewerkschaftsleitung teilhaben sollten, waren Oppositionelle aus verschiedenen Gruppierungen aus der Zeit vor 1980 und zuvor politisch wenig aktive oder überhaupt inaktive katholische Intellektuelle vertreten. Von den Anfängen an bis Dezember 1981 nahm die Gruppe der Berater aus dem illegalen Wissenschaftlichen Bildungsverein (TKN) eine besonders hohe Stellung ein. Diesem Verein gehörten sowohl mehrere katholische Aktive, die sich schon früher politisch engagiert hatten (Mazowiecki, Cywinski), sowie ehemalige Revisionisten (Geremek) an. Im Wettstreit mit dieser Gruppe versuchte sich eine andere zu behaupten, die aus dem Komitee zur Verteidigung von Arbeitern (KOR) hervorgegangen war (Kuron, Michnik); auf der anderen Seite versuchten es auch Personen, die sich eines vollen Vertrauens der Kirche erfreuten und mit anderen Beratern der Solidarität, die eine katholisch-nationale Richtung vertraten (Kukolowicz, Chrzanoski, Macierewicz) zusammenarbeiteten.

Während der 16 Monate dauernden Legalität der Solidarität veränderten sich die Führungskräfte nur geringfügig. Diese Veränderungen wiesen mehrere Trends auf. Zunächst wurde eine Reihe von Personen eliminiert, die der Agententätigkeit verdächtigt wurden. Zweitens stieg infolge Kooptation und später auch Wahlen die Zahl derjenigen Personen in den regionalen Gewerkschaftsführungen und in der Zentrale an, die vor 1980 in der Opposition tätig waren. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Vertreter intellektueller Kreise.

Drittens traten auch neue Persönlichkeiten mit Rednerbegabung und zum Teil auch Organisationstalent an die Oberfläche, die sich jedoch weder durch Oppositionszugehörigkeit noch durch Streikführung im Sommer 1980 ausweisen konnten. Sie entstammten verschiedenen Gesellschaftsschichten, obgleich verhältnismäßig viele Angestellte und Vertreter des mittleren Aufsichtspersonals dabei waren.

Während dieser 16 Monate traten auch innerhalb der offiziellen Gewerkschaften und den neugegründeten sogenannten autonomen Gewerkschaften, die sich de facto einer Unterstützung von Seiten der Partei erfreuten, doch formell sowohl von der Partei als auch der Solidarität unabhängig waren, überaus relevante Veränderungen ein. Der Druck, der von der Solidarität ausging, erzwang die Entbürokratisierung der Gewerkschaftstätigkeit. An die Spitze traten Gewerkschaftsfunktionäre mit besseren Führungsqualitäten, polemischen Fähigkeiten und größerer Zivilcourage. Auch in dieser Hinsicht lösten sich die strengen Vorschriften der Nomenklatura in ein Nichts auf, obwohl die Funktionäre meist Parteimitglieder waren. Es fehlte unter ihnen nicht an solchen, die früher in den Jugendorganisationen, der Partei und manchmal auch auf unteren Gewerkschaftsebenen tätig gewesen waren.

Die Proklamierung des Kriegsrechts veränderte die Situation der Gewerkschaften grundlegend, weil ihre legale Tätigkeit suspendiert wurde. Dieses hatte unmittelbaren beziehungsweise mittelbaren Einfluß auf die Zusammensetzung des gewerkschaftlichen Führungspersonals. Was die "Solidarität" angeht, wurden mehrere tausend Funktionäre und Berater dieser Gewerkschaft interniert bzw. in den darauffolgenden Wochen verhaftet. Die neuen Strukturen entstanden auf zweifache Art und Weise. Einerseits nahmen diejenigen bekannten zentralen und regionalen Gewerkschaftsfunktionäre, die von dem Programm verschont geblieben waren, ihre Arbeit in der Illegalität auf. Andererseits entstanden an der Basis neue, illegale Gruppen der Solidarität, in denen bis dahin unbekannte, führungsmäßig unerfahrene Personen zu arbeiten begannen. Es war jedoch bezeichnend, daß in der illegalen Solidarität meist Vertreter intellektueller Kreise führende Posten übernahmen, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß sich die Tätigkeit auf Zeitschriften konzentrierte, an deren Redigierung naturgemäß eher Menschen aus der Bildungsschicht beteiligt waren.

Allmählich erfolgte ein Wechsel des Führungspersonals auch aus einem anderen Grund. Zwar wurden die internierten und später auch die verhafteten Gewerkschaftsfunktionäre nach und nach freigelassen, doch entschlossen sich viele von ihnen dazu, aus politischen Beweggründen auszuwandern. Die Lücken mußten also aufgefüllt werden.

Die Illegalität hat stets bestimmte Folgen. Die untergetauchte Gewerkschaftsspitze der Solidarität sowie ein Teil der illegal und inoffiziell tätigen Personen, die eine normale Lebensweise führten und ihrer Arbeit nachgingen, war de facto nicht weit vom Status eines Berufsfunktionärs entfernt. Das war natürlich nichts völlig Neues, denn auch in der legalen Solidarität gab es eine große

Gruppe von Funktionären, die von ihren Arbeitsplätzen beurlaubt worden waren. Sie pflegten aber die Beziehungen zu ihrem Betrieb und dessen Belegschaft. Jetzt lösten sich diese Verbindungen, weil diese Funktionäre im Untergrund tätig waren. Andere hinwieder waren aus ihren Betrieben entlassen worden und arbeiteten an neuen Plätzen unter Unbekannten.

Erst in der Endphase der Illegalität kam es nochmals zu einer teilweisen Erneuerung von Führungskadern, dies infolge der zwei großen Streikwellen im Mai und August 1988. Die Streikführer hatten meistens, obwohl nicht immer Arbeiter, Popularität erworben und wurden in die leitenden Gremien, die sich in der Illegalität herausgebildet hatten, kooptiert. Als Beispiel bietet sich in dieser Hinsicht der Bergmann Anton Pietrzyk an, der sich innerhalb von wenigen Wochen von einem unbekanntem, einfachen Mitglied der Solidarität zu einem ihrer führenden Vertreter gemausert hatte und in den Wahlen zum regionalen Vorsitzenden gegen die bisher in der Legalität und Illegalität in diesem Amt tätigen Funktionäre gewann.

Ein anderes Phänomen der Illegalitätsperiode bildete die immer schärfer zu Tage tretende Fraktionsbildung, die auch programmatische Gründe hatte. In der Endphase der Illegalität ergab sich daraus eine Spaltung in der Zentralleitung, die sich um Walesa gruppierte, der Anhänger einer Kompromißlösung angehörten, und in die Arbeitsgruppe, an der sich viele besonders beliebte historische Solidaritätsführer beteiligten, u.a. Gwiazda, Jurczyk und Rulewski, alle drei Gegenkandidaten Walesas während der Wahlen zum Vorsitzenden im Jahre 1981, überdies Slowik, Jaworski, Walentynowicz und andere.

Es ist heute noch nicht an der Zeit festzustellen, ob es sich dabei um eine Eliminierung der inneren Opposition aus den gewerkschaftlichen Führungsgremien handelt, denn erst die geplanten Wahlen in der wieder legalen Solidarität werden die Stellung der beiden Fraktionen in den Instanzen der Gewerkschaftsführung bestimmen. Es fällt schwer, für die Vertreter der Arbeitsgruppe einen gemeinsamen sozialen Nenner zu finden. Es waren Diplomingenieure (Gwiazda, Rulewski), Werftarbeiter (Jurczyk, Walentynowicz), ein Hüttenarbeiter (Jaworski), ein Busfahrer (Slowik) darunter. Es sind dort auch, obwohl nicht im Vordergrund, ein paar Intellektuelle zu finden. Es kann eigentlich nur von einem gemeinsamen psychopolitischen Nenner die Rede sein: Bereits in der Legalitätsphase waren es Wortführer radikaler Formulierungen und Aktivitäten, die am Rande eines Gewaltkonfliktes standen.

In der Zeitspanne, in der die Solidarität illegal war, nahmen die reorganisierten offiziellen Gewerkschaften ihre Tätigkeit auf. Ihr Führungspersonal unterlag weitgehenden Veränderungen. Fast prinzipiell vermied man es, alte Gewerkschaftsfunktionäre einzusetzen. Es wurde Platz für Parteimitglieder frei, die sich durch eine dynamische Haltung, eine gewisse populistische Verhaltensweise und Mundart, manchmal auch durch politischen Ehrgeiz und Bereitschaft auszeichneten, das Risiko eines Konfliktes mit den Parteiinstanzen einzugehen. Es war eine Fortsetzung, eine gewisse Radikalisierung und Beschleunigung der Ent-

wicklung, die sich in den offiziellen Gewerkschaften bereits in den 16 Monaten der Legalität der Solidarität abzeichnete.

Nun zur heutigen Situation: Es ist vorläufig noch schwer zu sagen, wie es um die Stabilität der heutigen Zusammensetzung der Gewerkschaftsführungen, der erneut legalen Solidarität und der offiziellen Gewerkschaften, bestellt ist. In dieser Hinsicht können zwei Prozesse eine recht wichtige Rolle spielen. Erstens die aktuellen Parlamentswahlen, an denen auch eine Gruppe von Gewerkschaftsfunktionären, besonders aus den früheren Beratungsgremien, teilgenommen hat. Es ist nicht abzusehen, ob ihre Aktivitäten sich nicht vielleicht in die politische, parlamentarische Richtung verlagern werden. Zweitens der Umbau der Gewerkschaftsstrukturen infolge demokratischer Wahlen, eine Entwicklung, die eigentlich noch nicht eingeleitet worden ist. Werden die heutigen Gewerkschaftsführer Anerkennung finden? Man kann es nicht wissen, umso mehr, als es sich um verhältnismäßig viele Intellektuelle handelt, die in der vorhergehenden Legalitätsperiode formal gesehen Beraterfunktionen hatten und nicht zur Gewerkschaftsführung gehörten. Es kann sich durchaus herausstellen, daß populistische Haltungen die Oberhand gewinnen, die einem übermäßigen Einfluß intellektueller Eliten abgeneigt sind.

Es ist auf alle Fälle festzustellen, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg zum ersten Mal passiert ist, daß sich die Zusammensetzung des leitenden Führungspersonals im politischen und gesellschaftlichen Leben in Polen infolge der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Führungseliten derart radikal verändert hat.

Anmerkungen

- ¹ Auch aufgrund der dynamischen Entwicklung in Polen im Sommer 1989 war es dem Verfasser nicht mehr möglich, die Anmerkungen einzuarbeiten. Benutzt wurde folgende Literatur:

Seweryn Ajzner, *Związek Związków Zawodowych 1931 – 1939*. (Verband der Gewerkschaften 1931 – 1939). Warszawa 1979.

Ludwik Hass, *Organizacje zawodowe w Polsce 1918 – 1939*. Informator. (Gewerkschaftliche Organisationen in Polen 1918 – 1939. Vademecum), Warszawa 1963.

Jerzy Holzer, "Solidarität". Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985.

Walentyna Najdus, *Polska Partia Socjalno – Demokratyczna Galicji i Śląska 1890 – 1919*. (Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens 1890 – 1919), Warszawa 1983.

Władysław Ratynski, *Lewica związkowa w II Rzeczypospolitej*. (Die ge –

werkschaftliche Linke in der Zweiten Republik), Warszawa 1976.

Ruch zawodowy w Polsce. Zarys dziejow. (Gewerkschaftsbewegung in Polen. Ein Abriß der Geschichte), Bd. 1, Warszawa 1974, Bd. 2, T. 1, Warszawa 1980.

Eine beträchtliche Bedeutung haben auch mehrere Studien, die seit 1970 in der Reihe Polska klasa robotnicza, Studia historyczne (Polnische Arbeiterklasse. Historische Studien) veröffentlicht wurden, sowie die periodisch seit 1962 erscheinende Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego. Vorläufer: Biuletyn Biura Historycznego CRZZ (Vierteljahresschrift für Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Vorläufer: Mitteilung des Historischen Büros des Zentralrats von Gewerkschaften.)